

PRESSEMITTEILUNG

PM 20/12

Nach Verlängerung der Corona-Maßnahmen:

DEHOGA fordert sofortiges Rettungspaket für das Gastgewerbe

(Berlin, 15. April 2020) Die am heutigen Mittwoch getroffenen Entscheidungen zu den Corona-Maßnahmen beweisen erneut, dass das Gastgewerbe die hauptbetroffene Branche der Krise ist. „Unsere Betriebe waren die ersten, die geschlossen wurden, und sind nun die letzten, die wieder öffnen dürfen“, erklärt Guido Zöllick, Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband). Zöllick betont, dass das Gastgewerbe alles akzeptiert, was gesundheitspolitisch geboten sei. Allerdings müssten die Maßnahmen nachvollziehbar und begründet sein. „Umso wichtiger ist jetzt ein sofortiges Rettungspaket für die Branche, wie wir es von Beginn an gefordert haben“, sagt Zöllick. Nur so ließen sich eine Pleitewelle nie gekannten Ausmaßes und Massenarbeitslosigkeit verhindern.

Erstens: Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes

An erster Stelle stehe dabei die Einführung der reduzierten Mehrwertsteuer für gastronomische Umsätze ab dem ersten Tag der Wiedereröffnung. „Mit sieben statt 19 Prozent Mehrwertsteuer könnten die nicht unerheblichen Umsatzausfälle aufgrund der dann einzuhaltenden Abstandsregelungen ein wenig kompensiert werden – und das völlig unbürokratisch, antragslos und sofort wirksam“, erläutert Zöllick. Der reduzierte Satz würde zudem mittelfristig helfen, aufgenommene Kredite auch tilgen zu können. Im Abhol- und Liefergeschäft, das derzeit von einigen Unternehmen angeboten wird, würden bereits sieben Prozent Umsatzsteuer gelten. „Wir brauchen jetzt dringend Maßnahmen, die Perspektiven eröffnen und Mut machen“, so Zöllick.

Zweitens: Bildung eines Rettungs- und Entschädigungsfonds

Angesichts der dramatischen Corona-Folgen für die Branche fordert Zöllick neben der steuerlichen Entlastung die Bildung eines Rettungs- und Entschädigungsfonds für das Gastgewerbe. „Es darf nicht sein, dass Deutschlands Gastgeber nur mit einer hohen Verschuldung aus der Krise gehen, sollten sie sie überhaupt überstehen, und keine Entschädigung erhalten“, so Zöllick. „Hier muss schnellstens ein Rettungsfonds mit direkten

Ihre Ansprechpartnerin: Stefanie Heckel · Pressesprecherin

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) · Am Weidendamm 1A · 10117 Berlin ·
Fon 030/72 62 52-32 · Fax 030/72 62 52-42 · heckel@dehoga.de · www.dehoga.de

Finanzhilfen für die Betriebe geschaffen werden.“ Andere Branchen hätten in weitaus weniger dramatischen Situationen hohe staatliche Unterstützungsleistungen erhalten.

Sollten die Hilfen nicht oder zu spät fließen, befürchtet Zöllick, dass Tausenden kleinen und mittelständischen Betrieben die Luft ausgehe: „Unsere Familienbetriebe haben nicht die Rücklagen und Möglichkeiten großer Industrie oder Versicherungskonzerne, um aus eigener Kraft aus der Krise herauszufinden. Damit steht die einzigartige Vielfalt von Gastronomie und Hotellerie in Deutschland auf dem Spiel.“ Ganze touristische Strukturen drohten zerstört zu werden.

Die bislang getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung sowie der Landesregierungen erkenne die Branche an, aber sie reichen definitiv nicht aus.

„Die Politik darf Deutschlands Gastgeber, die öffentlichen Wohnzimmer unserer Gesellschaft, die maßgeblich zur Lebensqualität beitragen, in diesen schwersten Tagen ihrer Geschichte nicht allein lassen“, so Zöllick. „Es kann und darf nicht sein, dass nur Großkonzerne durch den sogenannten Wirtschaftsstabilisierungsfonds gerettet werden und 223.000 gastgewerbliche Betriebe mit 2,4 Millionen Beschäftigten das Nachsehen haben.“ Hier müsse nachgebessert und das notwendige Rettungspaket auf den Weg gebracht werden. ■